

06.06.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich: mehr Substanz, weniger Marketing!

I. Ausgangslage

Die Wählerinnen und Wähler im Vereinigten Königreich (VK) hatten am 23. Juni 2016 mit knapper Mehrheit für den Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union gestimmt. Nach jahrelangen Verhandlungen über die Ausgestaltung der Beziehungen wurde am 31. Januar 2020 der Brexit vollzogen. Dank einer im Handels- und Kooperationsabkommen vereinbarten Übergangsphase nahm das neue EU-Drittland noch bis Ende 2020 am EU-Binnenmarkt und an der Europäischen Zollunion teil. Besonders kritisch war dabei die Frage, wie Handel- und Zollverfahren zwischen Großbritannien, Nordirland und dem EU-Mitgliedsstaat Irland ausgestaltet sein sollten. Hinter diesen handelspolitischen Fragen steckte die berechtigte Sorge, dass die alten Konflikte um die inner-irische Grenze wieder aufflammen. Im Februar diesen Jahres gelang es EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und dem britischen Premierminister Rishi Sunak, das „Windsor Framework“ zu vereinbaren und damit die problematischen Handels- und Zollvereinbarungen des Nordirland-Protokolls zu lösen.

Wie ist es heute um das Vereinigte Königreich bestellt?

Es zeigt sich: Keines der Brexit-Versprechen konnte gehalten werden. Vor allem der National Health Service (NHS) ist in einem katastrophalem Zustand. Jüngste Studien zeigen: Der Brexit hat das britische Bruttoinlandsprodukt um 5,5 Prozent, die Investitionen um elf Prozent und den Warenhandel um sieben Prozent verringert.¹ Insbesondere ist die Einkommensentwicklung erwähnenswert, die aufgrund des schwächeren Pfunds sowie geringerer Investitionen und Handelsaktivitäten sinkt. Der Spiegel resümiert vor einem Jahr: „Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat Großbritannien in ihrer jüngsten Wachstumsprognose für 2023 einen enormen Einbruch an Wirtschaftskraft vorhergesagt. Die Konjunktur im Königreich werde zum Erliegen kommen: Nullwachstum. Hinzu kommt, dass der Brexit für einen Fachkräftemangel sorgt, der Pflegeheime, Tankstellen oder Supermärkte trifft.“²

¹ Aus: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1170233.drei-jahre-brexit-unterm-strich-bleibt-nichts.html#:~:text=J%C3%BCngste%20Studien%20veranschaulichen%20die%20Auswirkungen.%20Das%20Ergebnis%3A%20Der,Prozent%20und%20den%20Warenhandel%20um%207%20Prozent%20verringert.>

² <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/brexit-studie-eu-austritt-kostet-jeden-britischen-arbeitnehmer-470-pfund-pro-jahr-a-86c4008f-dab3-4ef2-985a-992bdbb7c776>

Wie steht es um die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich?

NRW und das VK sind traditionell eng verbunden, war die militärische Besatzungsmacht nicht zuletzt Geburtshelfer unseres heutigen Bundeslandes. Als einziges Landesparlament begleitete die Enquetekommission (EK) „Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union („Brexit“) im Hinblick auf die Folgen und Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen“ die „Scheidung“ während sie sich vollzog - zwischen Oktober 2018 und März 2021. Ergebnis der fraktionsübergreifenden Arbeit ist ein gemeinsamer Enquetebericht mit 127 Handlungsempfehlungen³, die zu einem erheblichen Teil von der Landesregierung umzusetzen sind. Die veränderten Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU hatten und haben Auswirkungen auf fast alle Lebensbereiche: die Personenfreizügigkeit, die sozialen Sicherungssysteme, Gesundheitsversorgung, Flug- und Reiseverkehr, innen- und sicherheitspolitische Belange, die Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen, Handel, Wettbewerbsbedingungen, Wirtschaft, Energie und Arbeitsmarkt, Bildung, Hochschule, Forschung und nicht zuletzt auf Fragen des zivilgesellschaftlichen, Studierenden-, Auszubildenden-, Schülerinnen und Schüleraustausches, sowie auf Kunst, Kultur und Sport. Im November 2021 wurde – in Orientierung an den EK-Ergebnissen – ein Stipendienprogramm zur Aufrechterhaltung der Austauschbeziehungen zwischen NRW und dem VK mit Zustimmung aller Fraktionen im Landtag NRW beschlossen – eine gute Initiative angesichts der entfallenen Erasmus+-Förderung.

Am Ende der schwarz-gelben Regierungszeit wurde noch schnell eine Regionalpartnerschaft zwischen dem Regionalverband Ruhr (RVR) und Greater Manchester Combined Authority (GMCA) unterzeichnet. Für Fototermine auf dem internationalen Parkett, wie etwa zwischen Minister Nathanael Liminski und dem Bürgermeister der Region Greater Manchester im September 2022 kommt die Regionalpartnerschaft der Landesregierung gelegen. Auf Nachfrage im Ausschuss für Europa und Internationales zu Fortschritt, Aktivitäten, Umsetzung und Plänen, den für den RVR zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie die Vernetzung und strukturierter Koordination zwischen kommunaler und Landesebene heißt es dann aber: „Das Land ist nicht Partner dieser bilateral zwischen RVR und GMCA vereinbarten Zusammenarbeit.“⁴ Personelle Ressourcen zur Koordinierung der Beziehungen zwischen dem RVR und Greater Manchester scheinen nicht zur Verfügung zu stehen. Damit dürfte es bei oberflächlichen, pressetauglichen Aktivitäten für den schönen Schein der Landesregierung bleiben.

Zwar beteuert Schwarz-Grün in ebenjenem Bericht: „Die Landesregierung misst den Beziehungen zum Vereinigten Königreich besondere Bedeutung zu. Sie ist bestrebt, auch nach dem Brexit die Verbindungen in allen Bereichen zu vertiefen.“⁵ Doch selbst im Koalitionsvertrag klingen die nordrhein-westfälischen Beziehungsambitionen sehr reduziert. So heißt es auf S. 132 im Abschnitt „Beziehungen zum Vereinigten Königreich“:

„Wir wollen nach dem Brexit ein neues Kapitel in den Beziehungen zum Vereinigten Königreich aufschlagen. Um den Austausch junger Menschen aufrechtzuerhalten, verfolgen wir deshalb das Ziel, ein Stipendienwerk/-programm zu etablieren, das Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden mit Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen einen Aufenthalt im Vereinigten Königreich ermöglicht.

Den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Brexit“ des Landtags folgend, werden wir die Einrichtung eines Deutsch-Britischen Jugendwerks in Angriff nehmen. Zudem werden

³ https://www.landtag.nrw.de/files/live/sites/landtag-r20/files/Internet/I.A.1/EK/17._WP/EK_II/Landtag%20Bericht%20EK%20II%20RZ%20interaktiv.pdf

⁴ Vgl. Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 2. Februar 2023, TOP 9.

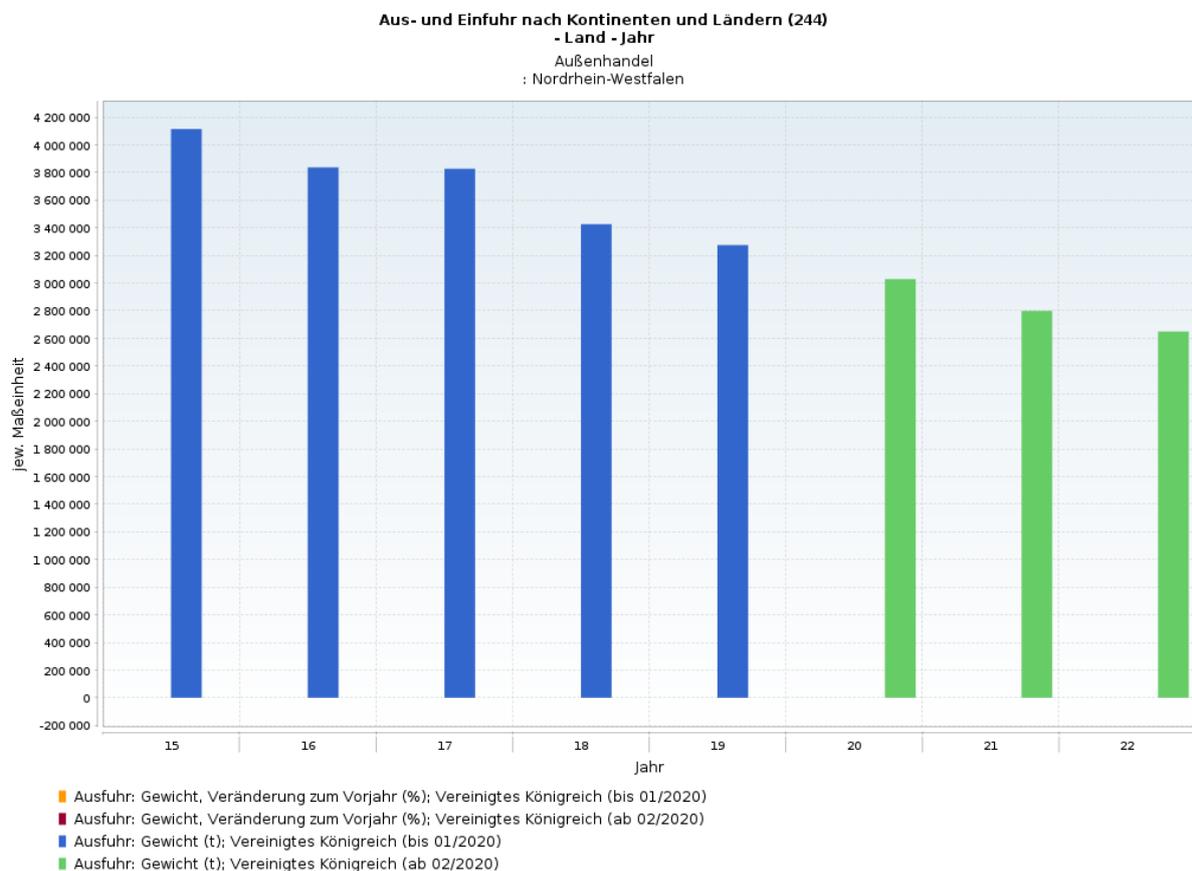
⁵ Vgl. ebd.

wir uns für die Etablierung einer direkten Schienenfernverkehrslinie zwischen London und Köln einsetzen.“⁶

Während das Stipendienprogramm bereits in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen war, nimmt sich die Landesregierung also zwei von 127 Handlungsempfehlungen des Enqueteberichtes vor. In den politischen Schwerpunkten der Landesregierung für die 18. Wahlperiode sowie in den europapolitischen Prioritäten der Landesregierung für das Jahr 2023 finden die Beziehungen NRWs zum Vereinigten Königreich nicht einmal Erwähnung.

Nordrhein-westfälisch-britische Wirtschafts-, Handels- und Energiekooperation

War das Vereinigte Königreich für Deutschland noch bis 2017 der fünftwichtigste Handelspartner, ist es im Jahre 2022 aus den Top-Ten gefallen und liegt mittlerweile hinter China, den USA, den Niederlanden, Frankreich, Polen, Italien, Österreich, Schweiz, Belgien und Tschechien auf Platz elf.⁷



Ähnlich sieht es zwischen NRW und dem Vereinigten Königreich aus. So ist der Handel (Ein- und Ausfuhren) zwischen 2015 und 2022 um 35 Prozent eingebrochen (vgl. Diagramm von IT.NRW oben). Die Umfrage der British Chamber of Commerce hat im Mai diesen Jahres ihren „German-British Business Outlook 2023“ veröffentlicht. Seit den dramatischen Einbrüchen der Brexit-Jahre scheint es im Außenhandel sowie bei den direkten und indirekten „cross-country“

⁶ https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-grune.pdf

⁷ <https://www.gtai.de/de/trade/vereinigtes-koenigreich/wirtschaftsumfeld/briten-aus-top-ten-der-deutschen-handelspartner-gefallen-955098>

Investitionen in den Handelsbeziehungen nun erstmals wieder leicht bergauf zu gehen. Auch wenn der Brexit zweifelsohne die Wirtschaftsbeziehungen erschwert, stellen die befragten Unternehmen die erschwerten Bedingungen weniger in den Vordergrund als in den vergangenen Jahren. Sie haben sich entweder an den Verwaltungsaufwand sowie an höhere Kosten für Logistik und Zölle gewöhnt, oder aber ihre Geschäfte zum jeweils anderen Land nach unten gefahren. Verhalten positiv könnte man die Wahrnehmung der befragten Unternehmen für die nächsten Jahre beschreiben. Das „Windsor Framework“ und der Staatsbesuch von König Charles in Deutschland lassen sie auf eine positive Wirtschaftsentwicklung zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich hoffen, vor allem in Bereichen der erneuerbaren Energien, Forschung und Entwicklung sowie Verteidigung bzw. durch engere Kooperation auf den Gebieten der Digitalisierung und im „ESG“-Bereich (environmental, social and governance).⁸

In keinem anderen Bundesland leben so viele Britinnen und Briten wie in NRW. Über 1.400 britische Unternehmen sind hier tätig. Diese engen nordrhein-westfälisch-britischen Bindungen und den Außenhandel gilt es besonders jetzt zu stärken, wo sich leichte Erholung am Horizont abzeichnet. Das gilt umso mehr für die Beziehungen zu Schottland. 62 Prozent der Schottinnen und Schotten hatten den Brexit im Referendum mit großer Mehrheit abgelehnt, der das Land wirtschaftlich hart zu treffen drohte. Daher ist es wichtig, nun auch ein besonderes Augenmerk auf die nordrhein-westfälisch-schottischen Wirtschaftsbeziehungen zu legen.

Auch im Bereich der Energie sollten Partnerschaften über angestoßene Verknüpfungen⁹ hinaus vertieft werden. Der Kohleausstieg im VK ist dabei so gut wie abgeschlossen und auch die Atomenergie spielt eine immer geringere Rolle. Das Vereinigte Königreich hat sein Elektrizitätssystem doppelt so schnell von Kohlenstoffemissionen befreit wie andere große Volkswirtschaften. Dank erneuerbarer Energien wurde das Vereinigte Königreich 2022 zum ersten Mal nach zehn Jahren wieder Nettostromexporteur. Beim Ausbau erneuerbarer Energien und für den Import von Wasserstoff ist die Kooperation zu vertiefen.

Sind die Weichen für die Zukunft gestellt?

Natürlich ist es richtig, dass der Brexit-Prozess politisch abgeschlossen ist und es nun darum geht, die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und NRW auf ein neues Fundament zu heben. Insofern ist es begrüßenswert, dass die schwarz-gelbe Landesregierung - ebenfalls vor Ende ihrer Regierungszeit, am 23. Februar 2022 - eine gemeinsame Absichtserklärung (Memorandum of Understanding, MoU) zur Stärkung und Vertiefung der gemeinsamen Beziehungen mit dem VK abgeschlossen hat. Dies scheint sich auf die Bereiche Jugend, Schüler- und Studierendenaustausch, sauberes Wachstum, Cybersicherheit und Terrorismusbekämpfung zu beziehen.¹⁰

Was sich jedoch hinter diesen vier Schlagworten der britisch-nordrhein-westfälischen Partnerschaftserklärung verbirgt und was von den gemeinsamen Vereinbarungen bereits umgesetzt wurde, bleibt im Dunkeln. Partnerschaftserklärungen würden durch die Landesregierung nicht veröffentlicht, heißt es aus der Staatskanzlei Anfang des Jahres.¹¹ Auch auf ausdrückliche Bitte von Mitgliedern des Ausschusses für Europa und Internationales stellt die Staatskanzlei dem Landtag NRW weder den Wortlaut der Vereinbarung(en) zur Verfügung, noch macht sie,

⁸ https://bccg.de/wp-content/uploads/GBBO_2023_FINAL.pdf

⁹ <https://www.land.nrw/pressemitteilung/gruener-wasserstoff-fuer-gruene-transformation-wirtschaftsministerin-neubaur-auf>

¹⁰ <https://www.land.nrw/pressemitteilung/come-together-nordrhein-westfalen-schliesst-freundschaftsvertrag-mit-vereinigtem>

¹¹ Vgl. Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 3. Februar 2023, TOP 8, Bericht der Landesregierung zum „NRW-USA-Jahr“, S. 4.

wie von der SPD-Fraktion erbeten, das Angebot einer vertraulichen Übersendung an die fachlich zuständigen Volksvertreterinnen und Volksvertreter.¹²

Am 22. März 2023 erfährt die Öffentlichkeit wieder in Form von einer Pressemitteilung¹³ etwas Neues aus dem geheimen Dokument, und zwar dass sich – wie dort scheinbar vorgesehen – ein politischer Lenkungsausschuss erstmalig getroffen habe, um die Zusammenarbeit im Bereich des Schüler- und Jugendaustauschs zu verfestigen. Das ist alles. Wie schon unter Schwarz-Gelb, hat sich die schwarz-grüne Landesregierung nicht spürbar für eine verstärkte Hochschul- und Forschungskoooperation eingesetzt. Eine enorme, vertane Chance, eine Lücke an Engagement und Priorisierung, die ohnehin kaum mehr auszugleichen ist.

Mittlerweile gibt es scheinbar nicht einmal mehr den kleinen Beratervertrag für NRW.Global Business in Tonbridge bzw. London, also nicht einmal mehr ein Schaufensterbüro NRWs im Vereinigten Königreich. Auf der Internetseite von NRW.GlobalBusiness United Kingdom / London steht lediglich „Representative N.N.“. Von der Umsetzung der Handlungsempfehlung 12, einer „dauerhaften und repräsentativen Einrichtung NRWs im VK, die dem Ziel dient, die zukünftige Kommunikation und damit die Beziehungen zwischen NRW und dem VK langfristig zu festigen und zu stärken“ ist Nordrhein-Westfalen meilenweit entfernt. Ihre Aufgabe sollte, laut dem Wunsch aller EK-Mitglieder, also auch im Namen von CDU und Grünen, darin bestehen, „den Fortbestand wissenschaftlicher, kommunaler, wirtschaftlicher, zivilgesellschaftlicher und kultureller Kooperation zwischen dem VK und NRW einzusetzen.“ Während NRW ein Totalausfall ist, scheint die Bayerische Landesregierung sich die Handlungsempfehlungen der NRW-Brexit-Enquetekommission zu Herzen genommen zu haben und eröffnete am 26. Mai 2023 eine Repräsentanz in London mit umfassendem Auftrag: Neben der zentralen Aufgabe, den wirtschaftlichen Austausch nach dem vollzogenen Brexit zu fördern, seien weitere wichtige Aspekte des Büros die Pflege der bayerisch-britischen Beziehungen in Kultur, Bildung und Jugendaustausch sowie bei Wissenschaft und Innovation.

Die Landesregierung NRW legte im Zuge des Brexit-Prozesses besonderen Wert darauf, Standortmarketing für NRW zu betreiben, um potentielle britische Unternehmen und Investitionen anzulocken. Dies wäre wohl auch eine der Hauptaufgaben des ehemaligen NRW-Brexit-Beauftragten Friedrich Merz gewesen. Wandern nordrhein-westfälische Standorte jedoch in die umgekehrte Richtung ab, wie etwa der Stahlhersteller „Bridon“ aus Gelsenkirchen ins Vereinigte Königreich, ist die Reaktion ein Achselzucken mit Verweis auf unternehmerische Entscheidungen und der Antwort „nicht zuständig“.¹⁴ Aktive Gestaltung der Beziehungen in einer historischen Transformationsphase oder Einsatz für den Standort NRW sehen anders aus.

II. Der Landtag stellt fest,

dass die Landesregierung die Beziehungen zum Vereinigten Königreich vielmehr öffentlichkeitswirksam vermarktet, als ihnen Taten folgen zu lassen. Als wichtiger Partner für NRW, aber auch die Bürgerinnen und Bürger im Vereinigten Königreich nach dem Brexit, braucht es nun spürbare Investitionen in die gemeinsamen Beziehungen auf allen Kooperationsebenen.

¹² Vgl. Bericht der Landesregierung zu „Partnerschaftsvereinbarungen zwischen NRW und ausländischen Staaten“ für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 6. Juni 2023, S. 3.

¹³ <https://schulministerium.nrw/presse/pressemitteilungen/nordrhein-westfalen-und-das-vereinigte-koenigreich-staerken>

¹⁴ Vgl. TOP 5, Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 18. November 2022.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

1. im Detail offen zu legen, was die Partnerschaftserklärung zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich beinhaltet und was davon in welcher Form bereits umgesetzt wurde.
2. darzulegen, welche Handlungsempfehlungen der Brexit-Enquetekommission sie plant in dieser Legislaturperiode umzusetzen.
3. darzulegen, welchen Fahrplan, welche Meilensteine, welche strategische Ausrichtung sie in der Beziehungspflege mit dem VK verfolgt. Dabei gilt es darzulegen, ob es ein grundsätzliches, gesellschaftliches Konzept hinter der Eröffnung und Pflege von NRW-Auslandsbüros in EU- und Drittländern gibt und wenn ja, welches.
4. gemäß Handlungsempfehlung 12 des EK-Berichts, eine dauerhafte Repräsentanz NRWs im Vereinigten Königreich mit umfassendem gesellschaftlichen Auftrag umzusetzen.
5. sich insbesondere im Sinne der Handlungsempfehlungen 103ff für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort NRW sowie im Sinne der Handlungsempfehlungen 43ff für den Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort NRW unter Aufrechterhaltung fairer Wettbewerbsbedingungen einzusetzen, mit besonderem Augenmerk auf die Chancengerechtigkeit für KMU und Soloselbstständige.
6. die wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich in der Post-Brexit-Ära zu festigen und insbesondere bei der Transformation des Energiesystems eine vertiefte Zusammenarbeit zu suchen – etwa bei Speichertechnologien, Windkraft, Geothermie und Carbon Capture and Storage (CCS).
7. für die steigende Wasserstoffnachfrage in Nordrhein-Westfalen Importanteile der britischen H₂-Produktion bzw. von H₂-Derivaten vertraglich abzusichern.
8. dem RVR die notwendigen Personalressourcen zur Verfügung zu stellen, um Partnerschaftsarbeit mit der Greater Manchester Combined Authority überhaupt regional koordinieren und umsetzen zu können.

Jochen Ott
Sarah Philipp
Alexander Vogt
Inge Blask

und Fraktion